

Potsdam, 19. September 2018

Stellungnahme des Frauenpolitischen Rates Land Brandenburg zum „Marsch für das Leben“ am 22. September in Berlin

Am Samstag, den 22.09.2018, veranstaltet der Bundesverband Lebensrecht einen Schweigemarsch in Berlin mit dem Motto „Menschenwürde ist unantastbar. Ja zu jedem Kind – Selektion und Abtreibung beenden“. Die Lebensschutzbewegung vertritt konservative, zum Teil völkische und antifeministische Meinungen und fordert, Schwangerschaftsabbrüche in Deutschland gänzlich zu verbieten. Im vergangenen Jahr nahmen über 7.000 Menschen an der Demonstration teil, darunter auch Vertreter und Vertreterinnen der AfD.

Der Frauenpolitische Rat Land Brandenburg kritisiert den „Marsch für das Leben“ und seine Forderungen scharf. Die Kriminalisierung von Abtreibung führt dazu, dass Schwangerschaftsabbrüche in der Illegalität stattfinden: unter schwierigsten Bedingungen, und vielfach mit Komplikationen. Die WHO ging 2017 von etwa 47.000 Frauen aus, die weltweit an den Folgen illegaler Schwangerschaftsabbrüche starben.

Die Wortwahl der Organisator*innen des „Marsches für das Leben“ ist moralisch verurteilend, emotional aufgeladen und durchzogen von Begriffen, die einen eindeutigen Bezug zum Nationalsozialismus aufbauen. So ist etwa die Rede von „Euthanasie“, „Selektion“ und „lebensunwertem Leben“. Menschen, die Schwangerschaftsabbrüche erlebt haben sowie die durchführenden Kliniken und Ärzt*innen werden damit sprachlich in eine Linie mit den Verbrechen des Nationalsozialismus gestellt. Außerdem wird Frauen unterstellt, Abtreibungen leichtfertig und ohne darüber nachzudenken durchführen zu lassen. Diese Wortwahl verhindert einen angemessenen Umgang mit dem Thema und sie erstickt sachliche Diskussionen.

FRAUENPOLITISCHER RAT
LAND BRANDENBURG E.V.
CHARLOTTENSTRASSE 121
14467 POTSDAM

MAIL KONTAKT@FRAUENPOLITISCHER-RAT.DE
FON 0331 / 280 35 81
FAX 0331 / 24 00 72

WWW.FRAUENPOLITISCHER-RAT.DE
WWW.FRAUENORTE-BRANDENBURG.DE

VEREINSREGISTER
VR670P AMTSGERICHT POTSDAM
STEUERNUMMER 046/140/04768

GESCHÄFTSKONTO
IBAN DE24 1605 0000 3502 2394 43
BIC WELADED1PMB

SPENDENKONTO
IBAN DE51 1605 0000 3502 0139 17
BIC WELADED1PMB

FRAUEN POLITISCHER RAT

LAND BRANDENBURG E.V.

Der Bundesverband Lebensrecht fordert „Aufklärung statt Desinformation“. Zugleich haben Aktivist*innen der Lebensschutz-Bewegung vielfach Anzeige gegen Ärzt*innen und Einrichtungen erstattet, die über das Thema Schwangerschaftsabbruch informierten. Frauen, Ärzt*innen und Kliniken werden zudem immer stärker durch Aktivist*innen der Lebensschutz-Bewegung unter Druck gesetzt. Die Folge: Ärzt*innen können keine öffentlich zugänglichen Informationen mehr anbieten; und insbesondere im ländlichen Raum wird es immer schwieriger, Beratung und behandelnde Einrichtungen zu finden.

Hintergrund: Schwangerschaftsabbrüche sind im Strafgesetzbuch in den §218 und §219 geregelt. Abtreibungen sind in Deutschland illegal, sie sind aber innerhalb der ersten 12 Wochen straffrei - nach einer Schwangerschaftskonfliktberatung und einer danach folgenden dreitägigen Bedenkzeit. In §219 wird ausdrücklich formuliert, dass die Beratung ein klares Ziel verfolgt: „die Frau zur Fortsetzung der Schwangerschaft zu ermutigen und ihr Perspektiven für ein Leben mit dem Kind zu eröffnen“. Die Paragraphen 218 und 219 stehen bis heute in der Kritik von Feminist*innen, denn das Selbstbestimmungsrecht von Frauen über den eigenen Körper ist eine Grundforderung der Frauenbewegung. Anstelle von moralischer Verurteilung braucht es einen sachlichen Umgang mit dem Thema sowie das Recht auf einen legalen und kostenlosen Schwangerschaftsabbruch, unabhängig von den Gründen, die dazu führen. Darüber hinaus sollten wir die gesellschaftlichen Verhältnisse und die soziale Situation der Frauen, in denen ihre individuellen Entscheidungen stattfinden, nicht aus den Augen verlieren.

Für Rückfragen steht Ihnen unsere Referentin für Öffentlichkeitsarbeit, Michaela Burkard, gerne zur Verfügung!

FRAUENPOLITISCHER RAT
LAND BRANDENBURG E.V.
CHARLOTTENSTRASSE 121
14467 POTSDAM

MAIL KONTAKT@FRAUENPOLITISCHER-RAT.DE
FON 0331 / 280 35 81
FAX 0331 / 24 00 72

WWW.FRAUENPOLITISCHER-RAT.DE
WWW.FRAUENORTE-BRANDENBURG.DE

VEREINSREGISTER
VR670P AMTSGERICHT POTSDAM
STEUERNUMMER 046/140/04768

GESCHÄFTSKONTO
IBAN DE24 1605 0000 3502 2394 43
BIC WELADED1PMB

SPENDENKONTO
IBAN DE51 1605 0000 3502 0139 17
BIC WELADED1PMB